

Raubzüge in Seldwyla

Der Nachrichtendienst warnt vor Anschlägen iranischer Attentäter in der Schweiz. Gleichzeitig erschwert der Bund die Strafverfolgung krimineller Asylbewerber.

Beim Nachrichtendienst des Bundes (NDB) im Departement von Bundesrat Martin Pfister (Mitte) herrscht offenbar Alarmstimmung. Wegen des Kriegs zwischen den USA/Israel und dem Iran warnte der Dienst vor einigen Tagen vor iranischen Vergeltungsanschlägen. Es bestehe Gefahr, dass der Iran oder dessen Verbündete Anschläge auf israelische, jüdische oder amerikanische Ziele in der Schweiz verüben könnten. Brav beteten die Medien die Meldung aus der NDB-Küche nach.

Das Mullah-Regime hat zwar in der Vergangenheit wiederholt gezeigt, mit welcher tödlichen Effizienz es Mordkomplotte organisiert. Ein bekanntes Opfer ist der Schriftsteller Salman Rushdie. Ein Attentäter stach während einer Vorstellung 2022 in New York mehrmals auf ihn ein. Der Anschlag erfolgte im Kontext eines Mordauftrags des damaligen iranischen Revolutionsführers Ajatollah Chomeini nach der Veröffentlichung von Rushdies Werk «Die satanischen Verse». Trotz alledem ist die Gefahr von Anschlägen in der Schweiz aktuell gering.

Tatort Denner-Filiale

Man muss zeitlich weit zurückblicken, um auf solche Ereignisse in unserem Land zu stossen. So wird das Mullah-Regime für die Ermordung des iranischen Diplomaten Kazem Rajavi im Jahr 1990 in Genf verantwortlich gemacht. Die Bedrohung der inneren Sicherheit durch kriminelle Asylbewerber, Kriminaltouristen und Illegale ist viel reeller, wie SVP-Nationalrat Pascal Schmid feststellt. «Jede vierte Straftat geht auf diese Täterschaft zurück.» Es vergeht kaum noch ein Tag ohne Gewalttaten, Raubüberfälle und Tötungsdelikte.

Wie systematisch die Täter aus dem Asylmilieu dabei vorgehen, zeigen Ausführungen des SVP-Politikers Didier Spiess, eines ehemaligen Polizisten und heutigen Sicherheitsbeauftragten des Lebensmittelhändlers Denner.



Meldungen aus der Küche: Bundesrat Pfister.

Er berichtete in einem Referat, wie kriminelle Asylanter regelrechte Raubzüge auf die Denner-Filialen organisierten und so massive wirtschaftliche Schäden verursachten.

Das Ausmass der Bedrohung wird anhand der Statistik deutlich sichtbar. So registrierte man im Jahr 2021 2995 Straftaten, die von Personen im Asylverfahren begangen wurden (ohne Personen, deren Asylgesuch abgelehnt worden ist). Im Jahr 2024 waren es 6147 Straftaten. In bloss drei Jahren hat sich die Anzahl der Delikte somit mehr als verdoppelt.

Das Problem erreicht nun auch die Politik. Der Ständerat und der Nationalrat behandeln das brisante Thema in ausserordentlichen Sessions. Die kleine Kammer hat einen SVP-Vorstoss angenommen, der eine komplette Neuausrichtung der Asylpolitik verlangt. Deutlichen Zuspruch erhielt auch eine Motion von SVP-Ständerat Marco Chiesa für mehr Schutz der Bevölkerung vor Asylkriminellen. Man habe

zwar die Sicherheit innerhalb der Asylzentren verbessert, die Sicherheit für die Bevölkerung vor gefährlichen Asylsuchenden allerdings sträflich vernachlässigt, moniert Chiesa.

Beat Jans missachtet Gesetz

Das Staatssekretariat für Migration (SEM) muss im Parlament ausserdem Kritik einstecken wegen seines laschen Umgangs mit Asylsuchenden, die vom Nachrichtendienst als Gefährder eingestuft werden, die man aber trotzdem nicht ausschafft – weil sie in ihren Heimatstaaten allenfalls verfolgt werden könnten. «Damit wird das Wohlbefinden gefährlicher Täter über das Wohl der Bevölkerung gestellt», kritisiert Nationalrat Schmid.

An Gottfried Kellers «Leute von Seldwyla» war der ehemalige Gerichtspräsident erinnert, als er erfuhr, dass das SEM anordnete, der Bundeskriminalpolizei (BKP) wegen eines Gerichtsurteils keine Asylakten und keine Angaben zum persönlichen Profil von Personen aus dem Asylverfahren mehr zu übermitteln – obwohl die Gerichte gemäss Artikel 98a des Asylgesetzes dazu verpflichtet wären. «Die Weitergabe von Information ist ja gerade wichtig zum Schutz vor Terroristen, Islamisten und Dschihadisten, die auf der Asylschiene eingeschleppt

In drei Jahren hat sich die Anzahl der Straftaten von Asylbewerbern mehr als verdoppelt.

werden.» Das Vorgehen sei gegen jeglichen gesunden Menschenverstand, sagt der SVP-Nationalrat. Beide Dienststellen, das SEM und die BKP, sind im Departement von Bundesrat Beat Jans (SP) angesiedelt.

Da kann der Nachrichtendienst noch lange vor Anschlägen warnen, wenn die Asylbehörden keinerlei Informationen über potenzielle Attentäter an die Polizei weiterleiten.